

# Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift  
Tageblatt Riesa,  
Ferien Nr. 20,  
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meissen bestmöglicherweise bestimmte Blatt.

Postkontor  
Dresden 1590,  
Cirkular:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 177.

Freitag, 1. August 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Druckerschrift-Zeile (6 Sildern) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt ertönt, wenn der Betrag vorfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Ustägige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Nömann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Der Sammelaufbruch gescheitert. Wahlaufbruch und Arbeitsgemeinschaft ohne Staatspartei?

Berlin. Als Vertreter der Konservativen Volkspartei, der Christl. Nationalen Bauern- und Landvolkspartei, der Deutschen Staatspartei, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei traten am Donnerstag nachmittags die Abgeordneten v. Lindener-Bildau, Gercke, Koch-Weser, Kempkes und Sachseberg zusammen, um sich zu dem vorgeschlagenen Entwurf über ein zukünftiges Programm zu einigen, das die Grundzüge einer zukünftigen staatsbürgerlichen Arbeitsgemeinschaft zur Behebung der Staats- und Wirtschaftskrise enthalten sollte.

Zu Beginn der Sitzung wurde zu der Anregung des Abg. Dr. Scholz, in einem gemeinsamen Wahlaufbruch die Bereitwilligkeit zur Unterstützung der Regierung in der Finanzreform und zur Bildung einer Fraktionsgemeinschaft im neuen Reichstag auszudrücken, vom Abg. Koch-Weser für die Deutsche Staatspartei erklärt, daß sie einen gemeinsamen Aufbruch unterstützen werde, der angesichts der Gefahren für Reich und Volk die Notwendigkeit einer durchgreifenden Finanzreform betont, wenn auch die Zentrumspartei und die Bayerische Volkspartei zur Mitunterzeichnung bereit sind. Entscheidungen über Fraktionsgemeinschaften können von der Deutschen Staatspartei nicht heute, sondern erst nach den Wahlen in Anbetracht der Zusammenfassung des Reichstages getroffen werden. Das sei umso mehr der Fall, als auch am Mittwoch schon die Forderung der Staatspartei, schließlich, daß auf keinen Fall ein Zusammengehen mit den Nationalsozialisten in Frage kommen dürfe, abgelehnt worden sei. Die Deutsche Staatspartei habe bereits die Erklärung abgegeben, daß sie als ihre nächste Aufgabe im neuen Reichstag die Unterstützung einer Regierung ansehe, die die Finanzkrise durch entschlossene und wirksame Maßnahmen beseitige. Sie verlange sich also nicht der Mitwirkung in einer Staatsfront. Sie sei der Ansicht, daß die notwendige Geschlossenheit im Wahlkampf sich nur erreichen lasse, wenn verantwortungsbewusste, staatsbefähigte Kräfte in einer großen Partei gesammelt sich einfinden. Sie betone nochmals, daß sie es begrüßen würde, wenn führende Kreise der Deutschen Volkspartei sich dem Schritt, der zur Staatspartei führe, in voller Gleichberechtigung in Führung und Mitgliedschaft anschließen würden.

Darauf erklärten die übrigen Parteien, daß eine neue Situation geschaffen sei, und beschlossen, am Freitag nachmittags ohne die Staatspartei zusammenzukommen, um einen gemeinsamen Wahlaufbruch zu beschließen und über eine Fraktionsgemeinschaft eine Einigung herbeizuführen.

Zur Erklärung des Herrn Koch-Weser bemerkt die Nationalliberale Korrespondenz, daß die Erklärung an den entscheidenden Punkten vorbeigehe. Koch-Weser habe nicht nur jede fraktionelle Bindung für den kommenden Reichstag, sondern auch die Beteiligung an dem geplanten gemeinsamen Wahlaufbruch abgelehnt. Die dadurch geschaffene neue Lage charakterisiere sich in dem Nebereinkommen der anderen Parteien, ohne die Staatspartei das beabsichtigte Ziel der Sammlung vorzuziehen. Das für die Zwecke des gemeinsamen Wahlaufbruchs das Zentrum überhand nimmt in Betracht kommen könne, gehe ohne weiteres aus der eigenartigen Struktur dieser Partei hervor. Dasselbe gelte von der Bayerischen Volkspartei. Die übrigen Parteien hätten aus den Darlegungen von Koch-Weser immer wieder nur das Reine herausgehört, mit welchen Worten er es auch zu begründen versuchte.

### Deutsche Volkspartei gegen Deutsche Staatspartei.

Berlin. Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei hielt am Donnerstag im Reichstag eine aus allen Wahlkreisen bestehende Sitzung ab, in der der Vorsitzende Reichsminister a. D. Dr. Scholz ausführte, daß die Deutsche Volkspartei alle staatsbürgerlichen Parteien für einen Zusammenschluß gewinnen wolle, da es sich nicht darum handle, für rechts oder links zu optieren, sondern darum, alle aktiven Kräfte zusammenzufassen, und zwar nicht nur für den Tag und die letzte Wahl, sondern darüber hinaus. Die Gründung der Deutschen Staatspartei tue den Sammlungsbestrebungen Abbruch. Nachdem der Gedanke der staatsbürgerlichen Sammlung zu einer gemeinsamen Partei von den anderen Parteien leider als nicht zweckmäßig verneint worden sei, habe die Deutsche Volkspartei vorgeschlagen, daß die Gruppe der Konservativen, der Deutschen Volkspartei, der Staatspartei und der Wirtschaftspartei einen gemeinsamen Wahlaufbruch erlassen und im künftigen Reichstag eine Fraktionsgemeinschaft bilden. Das weitere nächste Ziel der Volkspartei sei nicht mehr erreichbar, und die Partei werde deshalb für sich allein in die Wahlbewegung gehen müssen. Die Ziele der Finanz- und Wirtschaftspolitik der jetzigen Regierung habe die Partei seit Jahren verfolgt, und sie müssen Richtung gebend bleiben.

Nach einer ausgedehnten Aussprache, an der sich die Vertreter aller Landesstellen, besonders auch die Vertreter der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler beteiligten, schloß der Reichsausschuß einstimmig eine

### Entschließung.

die u. a. befaßt, daß die Abwehr der den Staat gefährdenden Kräfte der radikalen Linken und Rechten den Zusammenschluß aller erfordere, die Reich und Volk unter der Führung Hindenburgs retten wollten. Nur eine wirklich umfassende Sammlung der Parteien unter Zurückstellung aller unzeitgemäßen Unterschiede entspreche der Not des Tages und dem Willen des Volkes. Die Gründung der Deutschen Staatspartei durch die Führer der demokratischen Partei unter bewußter Ausschaltung der anderen Parteien der staatsbürgerlichen Mitte bedeute eine bedauerliche Verfallung dieses Sammlungsgedankens. Eine einseitige Ablehnung der Deutschen Volkspartei nach links würde die Erreichung des Zieles der Zusammenfassung aller staatsbefähigten Kräfte für immer vereiteln. Für die Deutsche Volkspartei bleibe der Wille zu dieser umfassenden Sammlung bestehen.

Die Entschließung weist ferner darauf hin, daß durch die Gegenstände im Deutschen Reich die ernstesten Gefahren für den inneren Frieden heraufzögen und deshalb Reformen zur Konsolidierung des Reiches und zur Herstellung einer geordneten Finanzwirtschaft und zur Wiederaufnahme der Arbeitlosen in den Arbeitsprozeß erforderlich seien. Die Deutsche Volkspartei werde bei der Wahl auch verantwortungsbewußte Persönlichkeiten aus der jungen Generation heraussuchen und in voller Einmütigkeit im Wahlkampf ihre Pflicht tun.

### Die Bemühungen Dr. Scholzes für einen gemeinsamen Wahlaufbruch ergebnislos verlaufen.

Berlin. Das Redaktionskomitee der Parteien der Mitte, das gestern nachmittags über die Abfassung eines gemeinsamen Wahlaufbruchs verhandeln sollte, ist um 5 Uhr nachm. zusammengetreten. Die Verhandlungen sind aber ergebnislos verlaufen, so daß der Plan des Abg. Scholz in seiner bisherigen Gestalt als gescheitert angesehen werden muß.

Abg. Koch-Weser erklärte, daß ein solches Zusammengehen nicht möglich sei, ohne daß auch das Zentrum und die Bayerische Volkspartei hinzugezogen würden. Wenn es sich um die Neubildung einer Partei der Mitte handele, so sei die Staatspartei bereits vorhanden, der man sich ja anschließen könne.

### Dr. Scholz legt seine Bemühungen tort.

Berlin, 1. August.

In Kreisen der Deutschen Volkspartei wird das Scheitern der Verhandlungen über die Sammlung der vier Parteien der Mitte außerordentlich bedauert. Wie wir erfahren, werden die Bestrebungen aber fortgesetzt werden, freilich unter Ausschluß der Staatspartei, und zwar ist bereits verabredet worden, daß die Vertreter der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und der Konservativen Partei heute abend erneut zusammenkommen. Die Vertreter dieser drei Parteien haben sich noch freie Hand vorbehalten; sie haben aber übereinstimmend zu erkennen gegeben, daß sie ernstlich auf ein engeres Zusammengehen hinarbeiten wollen. Dieses Zusammengehen dürfte sich, wie es zunächst für die vier Parteien beabsichtigt war, ebenfalls auf den gemeinsamen Wahlaufbruch erstrecken, darüber hinaus aber auch auf die fraktionellen Folgerungen, von denen am Mittwoch die Rede war. Alle drei Parteien sehen gerade hierin das Kernstück der Einigungsbestrebungen, und das ist auch der Grund dafür, daß die Verhandlungen mit der Staatspartei nicht fortgeführt werden, um wenigstens einen gemeinsamen Wahlaufbruch zustande zu bringen.

Nach der Auffassung der Deutschen Volkspartei würde die Einbeziehung von Zentrum und Bayerischer Volkspartei den ursprünglichen Gedanken vollkommen ändern und die Möglichkeit des fraktionellen Zusammenschlusses im neuen Reichstag in den Hintergrund drängen. Unter diesen Umständen hält man den Zusammenschluß auf der durch das Ausschneiden der Staatspartei aus dieser Kombination numerisch verkleinerten Basis immer noch für das vorteilhafteste. Es gilt auch nicht als ausgeschlossen, daß die Landvolkspartei noch hinzutritt. Ihre Spitzenorganisation tritt aber erst Mitte nächster Woche zusammen, und deshalb ist eine Entscheidung von dieser Seite nicht früher zu erwarten. Die Weiterverfolgung der Zusammenschlußbestrebungen entspricht auch der Stimmung, die in der gestrigen Sitzung des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei, wie berichtet wird, mit absoluter Einmütigkeit zum Ausdruck kam.

Die Führung der Deutschen Volkspartei läßt sich dabei auch von dem Gesichtspunkt leiten, daß niemand weiß, wie lange der nächste Reichstag überhaupt am Leben bleibt, und wie notwendig vom Standpunkt der bürgerlichen Mitte aus eine Sammlungsbase gerade dann sein würde. Auch bei der Wirtschaftspartei und den Konservativen ist man durchaus in dieser Richtung eingestellt, und so geht die Stimmung in den Kreisen dieser drei Parteien dahin, daß die erstrebte Einigung zwischen ihnen in den nächsten Tagen zustande kommen wird. Man glaubt, daß sogar schon heute abend ein positives Ergebnis erreicht werden kann.

### Zentrum gegen gemeinsamen Wahlaufbruch.

Berlin. Zu der Erklärung der Deutschen Staatspartei, daß sie einen gemeinsamen Wahlaufbruch zur Unterstützung der Regierung in der Finanzreform und zur Bildung einer Fraktionsgemeinschaft nur unterschreiben wolle, wenn auch Zentrum und Bayerische Volkspartei zur Mitunterzeichnung bereit seien, bemerkt die "Germania": Diese Antwort der Deutschen Staatspartei möchte also auch uns in eine Angelegenheit verwickeln, in der uns nicht einmal Herr Scholz bemüht hat. Für die Bayerische Volkspartei können wir nicht antworten. Soweit aber das Zentrum in Frage kommt, sind wir der Meinung, daß sich das Zentrum an einem Wahlaufbruch von Parteien nicht beteiligen wird, deren politisch-geistige Grundlage mit der des Zentrums nicht übereinstimmt. Daß das Zentrum hinter Brünning und seinen Maßnahmen steht, ist klar. Wir halten es nicht für nötig, daß sich das Zentrum Anrufen anderer Gruppen anschließe. Im übrigen können wir uns nicht verhehlen, daß der Wunsch der Deutschen Staatspartei, das Zentrum zur Mitunterzeichnung aufzufordern, nur taktischen Erwägungen entspricht. Die Deutsche Staatspartei will sich dem Rufe des Herrn Dr. Scholz entschliefen und sucht einen Vorwand, um aus der für unangenehmen Situation herauszukommen. Dafür scheint ihr das Zentrum gut genug zu sein.

### Die evangelische Elternschaft an die Parteileitungen.

Berlin. Der Evangelische Reichselternbund, die Spitzenorganisation der Elternbewegung, hat im Hinblick auf die Reichstagswahlen die alten und die neuen Parteien über ihre Stellung zu den kulturpolitischen Forderungen der evangelischen Wählerschaft befragt. Die erste Frage gilt der Bereitschaft der Parteien, dafür einzutreten, daß dem neuen Reichstag baldmöglichst der Entwurf eines Reichs-Schulgesetzes unterbreitet wird, "der unter Berücksichtigung des Elternrechts der evangelischen Schule Gleichberechtigung mit den übrigen durch die Reichsregierung ermöglichten Schulen und volle Entfaltungsfreiheit gewährleistet". Die weiteren Fragen beziehen sich auf die Heiligung der Ehe und den Schutz des Familienlebens bei den Beratungen über die Strafrechtsreform (Bestimmungen über Ehebruch, Geburtenabtreibung usw.), sowie auf die beschleunigte Erledigung der sonstigen schwebenden Gesetze zugunsten von Jugend und Familie (Schutz der Jugend bei Luftkassettenspielen, Lichtspiel-Revollen, Bewährungs-Weise) gemäß den Forderungen des christlichen Gewissens und der sittlichen Volksgelundheit.

### "R 100" gelandet.

Montreal. (Funkpruch.) Das Luftschiff "R 100" ist nach Beendigung seiner transatlantischen Fahrt am 4.20 Uhr Ortszeit (10.20 Uhr MES.) auf dem Flugplatz St. Hubert glatt gelandet.

Montreal. (Funkpruch.) Das Luftschiff "R 100" war heute früh um 7.30 Uhr MES. über dem Flugplatz St. Hubert eingetroffen. Nach einer Meldung vom Luftschiff ist der Schaden an der Hülle provisorisch ausgebessert und das Luftschiff hat seine Geschwindigkeit erlassen können.

Das amerikanische Marinedepartement zum Atlantikflug des "R 100".

Washington. (Funkpruch.) Das amerikanische Marinedepartement veröffentlicht eine Erklärung zum Atlantikflug des englischen Flugzeuges "R 100", in der gesagt wird, die Marine sehe in dem glanzvoll gelungenen Flug des englischen Luftschiffes eine weitere Etappe zur Verfürgung der Entfernungen der Kontinente voneinander und eine Annäherung der Vereinigten Staaten und Großbritannien durch Vermittlung des benachbarten Kanada.